

Deutsche und Polen nach 1918

Die Alliierten hatten 1918 die Kriegsziele des US-Präsidenten WILSON übernommen, die Gebietsveränderungen nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechts vorsahen. Nach Punkt XIII der >14 Punkte< sollte ein polnischer Staat errichtet werden (Deutschland und Österreich hatten aber schon am 5.11.1916 einen selbständigen polnischen Staat ausgerufen!), der die »von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen sollte«. Das war bei der nationalen Gemengelage der verschiedenen Völker außerordentlich schwierig, zudem fielen Muttersprache und nationales Bekenntnis oft nicht zusammen. Die Masuren in Ostpreußen, ein Großteil der Kaschuben in Westpreußen sowie in Hinterpommern und die >Wasserpolen< in Schlesien sprachen zwar einen polnischen Dialekt, fühlten sich aber als Deutsche, wie es sich bei den Volksabstimmungen 1920/21 herausstellte. In dem neu entstandenen polnischen Staat waren 1919 nach polnischer Statistik nur 68 Prozent der Bevölkerung Polen.

Die deutsch-polnische Grenze wurde 1919 in Versailles weitgehend ohne Berücksichtigung der volklichen Zugehörigkeit gezogen: Der größte Teil Westpreußens und der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (Soldau) wurden ohne Volksabstimmung an Polen abgetreten (mindestens in Westpreußen und im Westteil des Posener Landes mit der Stadt Posen hätte eine Volksabstimmung eine deutsche Mehrheit ergeben, wenn man die Volkszählungsergebnisse und die Wahlergebnisse der Vorkriegszeit zugrunde legt). Das Gebiet um die Stadt Danzig wurde gegen den erklärten Willen der Bevölkerung >Freistaat< unter Völkerbunds-kontrolle mit zahlreichen polnischen Sonderrechten. Laut Volkszählung von 1923 waren dort 97,6% der Bevölkerung deutsch, lediglich 2,4 % gaben polnisch, kaschubisch oder masurenisch oder deutsch und polnisch als Muttersprache an.

Dort, wo Volksabstimmungen - immer unter Kontrolle der Alliierten - abgehalten wurden, stimmte die Bevölkerung mit großer Mehrheit für Deutsch-

Volksabstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921: Französische Truppen sichern den Theaterplatz von Kattowitz am Abstimmungstag.



¹ Siehe Beitrag 56:
»Die Entdeutschung
Westpreußens nach
1919«.

land: am 11.7.1920 im Bezirk Allenstein in Ostpreußen: 97,4 % für Deutschland; am selben Tag im Bezirk Marienwerder in Westpreußen: 92,4 % für Deutschland; am 20. 3. 1921 in Oberschlesien: 59,4 % für Deutschland.¹

In Oberschlesien hatten die Polen versucht, in zwei vom polnischen Staat unterstützten Aufständen (August 1919 und August 1920) die Volksabstimmung zu verhindern und vollendete Tatsachen zu schaffen. Als dann 1921 die Volksabstimmung stattfand, wurde die polnische Seite massiv von den Franzosen, die die Hauptmasse der Besatzungstruppen stellten, unterstützt. Morde an Deutschen, Einschüchterungen, Vertreibungen und Verhinderung deutscher Wahlpropaganda waren an der Tagesordnung. (Die Reichsregierung hat darüber in zwei Weißbüchern berichtet.) Daß das Wahlergebnis

dennoch eine deutsche Mehrheit erbrachte, wird von polnischer Seite (und heute von Deutschen, die polnische Argumente unbesehen nachplappern²) auf die Beteiligung von Stimmberechtigten, die zwar in Oberschlesien geboren, aber dort nicht mehr ansässig waren, zurückgeführt. Doch dieses Argument ist nicht stichhaltig. Es wurden 707 554 Stimmen für Deutschland, 478 820 für Polen abgegeben. Selbst wenn alle 170000 auswärtigem Stimmberechtigten geschlossen gegen Deutschland gestimmt hätten (was unwahrscheinlich ist), hätte es noch immer eine deutliche Mehrheit für Deutschland gegeben!

Es brach nach der Abstimmung 1921 ein dritter polnischer Aufstand aus, der kräftig von Polen aus unterstützt wurde. Im Endergebnis wurde Oberschlesien vom Völkerbund trotz der deutschen Gesamtmehrheit bei der Abstimmung, nach der eigentlich ganz Oberschlesien deutsch bleiben sollte, geteilt, wobei die Teilung nicht nach ethnographischen Gesichtspunkten entsprechend dem Ergebnis der Volksabstimmung erfolgte, sondern nach wirtschaftlichen und



Oben: Wojciech KORFANTY, der Führer des polnischen Aufstands in Oberschlesien. Das Bild zeigt ihn mit Kampfgenossen in Kattowitz. Unten: Polnische Aufständische 1921.

verkehrstechnischen Gesichtspunkten. Polen erhielt 25 % der Fläche, 42,5 % der Bevölkerung (mit oft mehrheitlich deutschen Städten wie Königshütte und Kattowitz) und 85 % der Kohlevorräte.

Alle Regierungen der Weimarer Republik und alle politischen Parteien sahen in dieser Grenzziehung eine Verletzung des deutschen Selbstbestimmungsrechts. Den an Polen ausgelieferten Deutschen rief Reichspräsident EBERT (SPD) und die Reichsregierung BAUER (SPD, Zentrum und DDP) zu: »Volksgenossen! Mit der gewaltsamen Trennung ist euch und uns hartes Unrecht geschehen, das Recht der Selbstbestimmung ist der deutschen Bevölkerung versagt worden. Wir werden die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch euch eines Tages dieses nationale Grundrecht zugesprochen werden wird.« Selbst der Vorsitzende der KPD, Ernst THÄLMANN, erklärte am 24. 11. 1925 im Deutschen Reichstag: »Wir fordern für diese Gebiete das freie Selbstbestimmungsrecht mit dem Recht des Anschlusses an Deutschland oder Polen!« Reichsaußenminister Dr. GUSTAV STRESEMANN hatte im Locarno-Vertrag die Regelung der deutschen Westgrenze im Versailler Diktat noch einmal anerkannt, er hat sich aber immer geweigert, ein ähnliches »Ostlocarno« abzuschließen. Waren nun wenigstens die Polen mit der neuen Westgrenze zufrieden? Nein! Aus der Fülle der amtlichen und privaten Erklärungen der Polen, in denen eine weitere Revision der polnischen Westgrenze auf Kosten Deutschlands gefordert wurde, seien nur drei angeführt: aus der Warschauer Zeitung *Die Republik Polen* vom 23. 5. 1922:¹ »Die Zerreißung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein

¹ Als Bundeskanzler KOHL 1989 Polen besuchte und man ihm nicht erlaubte, den Annaberg, den Ort des deutschen Sieges von 1921 über die polnischen Aufständischen KORFANTYS, zu besuchen, suchten manche deutsche Zeitungen dafür Verständnis zu wecken. So behauptete ein Herr SCHLEICHER in den *Stuttgarter Nachrichten* vom 2.

1 1989, daß Polen 1918 selbständig geworden sei, daß Oberschlesien zu 65 % von Polen bewohnt gewesen sei und daß das für Deutschland günstige Ergebnis der Volksabstimmung 1921 (rund 60 % für Deutschland) nur durch die Stimmabgabe der zur Abstimmung zugereisten »Auslandsoberschlesier«, also der nicht in Oberschlesien wohnhaften Stimmberechtigten, zustande gekommen sei. Dazu ist zu sagen: 1. Polen wurde schon 1916 selbständig, und zwar durch Deutschland und Österreich-Ungarn, die es von der russischen Herrschaft befreit hatten. 2. Auf 65 % Polen in Oberschlesien kommt man nur dann, wenn man alle den »wasserpolnischen« Dialekt sprechenden Oberschlesier als »Polen« bezeichnet. Sowohl die Reichstagswahlen vor 1918 als auch die Volksabstimmung 1921 und schließlich auch das Verhalten der Oberschlesier heute unter polnischer Herrschaft zeigen, daß eben Sprache und Volkstum oft nicht übereinstimmen, genau wie bei den Masuren in Ostpreußen oder den Kaschuben in Hinterpommern. 3. Die Volksabstimmung in Oberschlesien war keineswegs »frei«, da Frankreich, das die Masse der Besatzungstruppen zur Überwachung der Volksabstimmung stellte, die Polen offen begünstigte, so daß u. a. auf dem Land oft keine deutsche Wahlpropaganda möglich war. Trotzdem stimmten rund 60 % für Deutschland.

³ Zitiert in: Eckart THURIG, *Schwierige Nachbarschaften*, Kohlhammer, Stuttgart-Berlin-Köln 1990, S. 39.

unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht... Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polnischen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder.. Von der Posener Hochschule aus sollen die Ermländer und Masuren bearbeitet werden, sogar die Lausitz mit ihren Bewohnern, den Wenden, soll in Angriff genommen werden. .. Der slawische Gedanke wird siegen!«³

Aus dem Manifest des polnischen >Westmarkenvereins< April 1926: »Die natürliche Grenze Polens ist im Westen die Oder, im Osten die... Düna. Indessen wollen wir uns im Augenblick nicht mit Rußland streiten, weil es für immer auf Riga verzichtet hat! Unsere aktuelle Devise ist dies: von Stettin bis Polangen!« (Polangen liegt nahe der nördlichen Grenze Litauens, diese Forderung schließt also die Annektion ganz Litauens ein!)

Der polnische Ministerpräsident in Posen: »Der Prozentsatz (der Nichtpolen) ist bei uns entschieden zu hoch! Posen kann uns den Weg weisen, in welcher Weise der Prozentsatz der Fremden von 14 oder sogar 20 % auf anderthalb Prozent gebracht werden kann... Das polnische Land ist ausschließlich für Polen da!«

In der Verfolgung dieser Politik wurden weit über eine Million Deutsche schon in den zwanziger Jahren vertrieben. Aber die Polen haben nicht nur die deutsche Minderheit in ihrem Land verfolgt, sondern auch alle übrigen, vor allem Ukrainer, Weißrussen, Juden und Litauer.

Weiterführende Literatur:

Eckart THURIG, *Schwierige Nachbarschaften, Deutsche und Polen, Deutsche und Tschechen im 20. Jahrhundert*, Kohlhammer, Stuttgart-Köln-Berlin 1990.

Bernhart ROTHER, *Die Volksabstimmung in Oberschlesien*, Oberschlesische Schriftenreihe, Bonn 1961.

Friedrich Wilhelm v. OERTZEN, *Das ist Polen*, Müller, München 1932.

Frank GOLCZEWSKI, *Das Deutschlandbild der Polen 1918-1939*, Droste, Düsseldorf 1974.

Michael OPITZ, *Schlesien bleibt unser*, Arndt, Kiel 1985.

Otto HEIKE, *Das Deutschtum in Polen 1918-1939*, Viöl 1995.

Bolko Frhr. v. RICHTHOFEN, Reinhold Robert OHEIM, *Deutsch-polnische Beziehungen*, Vatterstetten 1979; dies., *Polens Marsch zum Meer*, Arndt, Kiel 1984; dies., *Die polnische Legende*, Arndt, Kiel 2001.

Richard BREYER, *Das Deutsche Reich und Polen 1932-1937*, Holzner, Kitzingen 1955.

Beihefte zum Jahrbuch der Albertus Universität Königsberg/Pr. VII.

Ernst SONNTAG, *Korfanth*, Holzner, Kitzingen 1954.

Beihefte zum Jahrbuch der Albertus Universität Königsberg/Pr. X, Theodor BIESCHENK, *Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934-1939*, Holzner, Kitzingen.

Polnisch-russischer Krieg, Curzon-Linie und Vertreibung

Was geht uns Deutsche der polnisch-russische Krieg von 1919/21 an? Wir haben mit unserer eigenen Geschichte genug zu schaffen - mag der Leser denken. Wenn wir aber durch die geschichtlichen Zusammenhänge und die Folgen dieses damaligen Geschehens erfahren, daß man damit die Annexion Ostdeutschlands durch Polen rechtfertigt, wird diese Vergangenheit zur bedrückenden Gegenwart für ganz Deutschland. Die Vertreibung von mehr als neun Millionen Deutschen aus Ostdeutschland und die widerrechtliche Inbesitznahme eines Drittels des deutschen Landes soll damit begründet werden, daß drei Millionen Polen 1945 ebenfalls von Ost nach West auf >Wanderschaft< gehen mußten. Da diese Begründung fälschlicherweise auch von deutscher Seite vorgebracht wird,¹ verfolgen wir hier die Geschichte nach dem Wort von RANKE: nur zu »sagen, wie es eigentlich gewesen« ist.²

Zur Darstellung der Lage müssen wir bis zum Jahre 1914 zurückgehen. Polen gehörte nach der dritten (1795) und vierten (1815) polnischen Teilung größtenteils zu Rußland, Galizien (mit Przemyśl und Lemberg) zu Österreich-Ungarn. Schon im Jahre 1892 war die Polnische Sozialistische Partei (PPS) gegründet worden. Darin spielte der junge PILSUDSKI,³ 1892 nach fünfjähriger Verbannung aus Sibirien zurückgekehrt, eine wichtige Rolle. Eine weitere einflußreiche Gruppe war die Nationaldemokratische Partei unter ihrem Führer Roman DMOWSKI.⁴ Sie war 1896 aus einer politischen Geheim-

¹ So z. B. besonders infam in der Denkschrift der Evangelischen Kirche zur Ostpolitik, *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn*, Hannover 1965, insbesondere S. 21 f.

² Leopold von RANKE (1795-1886) hat die moderne quellenkritische Geschichtsschreibung begründet. In seiner Kritik neuerer Geschichtsschreiber hat er die berühmte Formulierung gebraucht, er wolle bloß »sagen, wie es eigentlich gewesen« ist.

³ Józef PILSUDSKI, geboren 5. 12. 1867 in Żulowa (Vilniusgebiet), gestorben 12. 5. 1935 in Warschau, stammt aus einer polonisierten litauischen Adelsfamilie. Nach Verbannung in Ostsibirien (1888-1892) wurde er 1892 Mitbegründer der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), führte im Ersten Weltkrieg bis 1916 die polnische Legion gegen Rußland, trat dann zu den Sowjets über, war Mitte 1917 bis 1918 in Magdeburg interniert, 1918—1922 polnischer Staatschef und Armeeoberbefehlshaber. 1926 stürzte er die polnische Regierung und regierte seitdem praktisch als Diktator über Polen bis zu seinem Tod.

⁴ Roman DMOWSKI, 9. 4. 1864 in Warschau geboren, gründete 1896 die aus der >Liga polska< hervorgegangene Nationaldemokratische Partei, kämpfte gegen den Sozialismus und PILSUDSKI, war in der Duma Mitglied des Polenclubs. Er ging nach der russischen Revolution nach England und vertrat Polen bei der Versailler Friedenskonferenz. Die >Liga Polska< war eine Geheimorganisation, deren Schöpfer J. POPLAWSKI war. Dieser gründete die Zeitung *Allpolnische Rundschau*, dann das Blatt der Nationaldemokraten.



Józef PIŁSUDSKI
(1867-1935).

Er löste PADEREWSKI
als polnischen
Staatspräsidenten ab.

Verbindung, der >Liga Polska<, hervorgegangen. DMOWSKI war prowestlich eingestellt und wollte - im Gegensatz zu PIŁSUDSKI - keinen Kampf gegen Rußland. Sein hemmungsloser Haß galt nur dem Deutschtum. Die Nationaldemokraten vertraten die alte piastische Idee des Dranges nach dem Westen und zur Ostsee im Gegensatz zur jagiellonischen Idee PIŁSUDSKIS in Richtung Osten.

Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges stellte PIŁSUDSKI für die österreichische Seite Legionen auf, die er schon seit 1908 als >Schützenverbände< in Galizien zur Kadertruppe für eine künftige polnische Nationalarmee gegen das Zarenreich vorgesehen hatte. Mit einer >Ersten Brigade< bewährte er sich unter österreichischem Oberkommando.

Während des Ersten Weltkrieges kam es zu mehrfacher Änderung der deutschen und österreichischen Polenpolitik. Am 12. August 1916 vereinbarten die Mittelmächte, die die Russen aus Polen vertrieben hatten, in Wien, daß der polnische Staat in dem von ihnen eroberten Polen wiederbegründet werden sollte. Am 5. November 1916 riefen die beiden Generalgouverneure in Warschau und Lublin im Namen ihrer Monarchen ein »Königreich Polen« als Staat mit erblicher Monarchie und Verfassung aus. Kurz darauf ereignete sich in Rußland die Februarrevolution, und Amerika überzog das Deutsche Reich mit Krieg. PIŁSUDSKI ging mit seinen Legionären zu den Sowjets über. Die polnische Frage wurde so Gegenstand internationaler Diskussion. Die russische provisorische Regierung gab unter Fürst Georgi Jewgeniewitsch Lwow noch im März 1917 ein »Polenmanifest« heraus.

Am 14. November 1918 übernahm PIŁSUDSKI als Staatsoberhaupt die vollziehende Macht in Warschau vom bisherigen Regentschaftsrat. Durch das Diktat von Versailles (28. 6. 1919) wurden Deutschland die Provinzen Posen und fast ganz Westpreußen (der »Korridor«) sowie Teile Ostbrandenburgs zugunsten Polens ohne Volksabstimmung genommen, Österreich verlor im Diktat von St. Germain (10. 9. 1919) unter anderem Galizien an Polen. Trotz dieses großen Landgewinns im Westen und Süden gaben sich die Polen jedoch mit der alten Grenze zu Rußland nicht zufrieden. Ihnen schwebte die Großmachtstellung Polens »in seinen >historischen< Grenzen von 1690« vor.

Die Revolutionswirren in Rußland wie in der Ukraine mit ihrem blutigen Bürgerkrieg verstärkten 1919 den Expansionsdrang der Polen, die die Schwäche der jungen Sowjetunion ausnutzen wollten. So ergriff PIŁSUDSKI, der eine Föderation mehrerer Länder unter polnischer Vormachtstellung plante, die Gunst der Stunde und eröffnete aus dem Raum des polnischen - früher österreichischen - Westgaliziens im Frühjahr 1919 eine Offensive in das ukrainische Ostgalizien. Zur gleichen Zeit stießen im Norden polnische Truppen auch nach dem litauischen Vilnius vor. An beiden Fronten zunächst zurückgeschlagen, gingen die Polen nach Neuordnung erneut zum Angriff vor, eroberten im April 1919 Vilnius und drangen weit in das sowjetische Land ein. Die Sowjets wurden in dieser Zeit von den durch die Westmächte

stark unterstützten weißrussischen Armeen WRANGELS und DENIKINS bedrängt und legten den Polen um die Jahreswende 1919/20 großzügige Friedensangebote vor, die aber von PILSUDSKI abgelehnt wurden, der die Grenzen von 1772 beanspruchte. DENIKIN nannte diese polnischen Forderungen einen krankhaften Größenwahn.

Inzwischen wurde in Paris vom >Obersten Alliierten Rat< am 8. 12. 1919 eine polnische Ostgrenze festgelegt. Der britische Außenminister Lord CURZON hatte sie einigermaßen gerecht nach ethnographischen Gesichtspunkten ermittelt, die »CuRZON-Linie«⁵. Sie verlief etwa entlang des Mittellaufs des Bugs und führte von dort nach Norden (Litauen/Ostgrenze von Ostpreußen) und nach Süden (Ost-Slowakei).

Die Polen wollten aber mehr. Zur Vorbereitung seines Ostfeldzuges hatte PILSUDSKI am 21./24. April 1920 ein politisches und militärisches Bündnis mit der antikommunistischen Regierung der >Ukrainischen Volksrepublik unter dem Ataman (politisches und militärisches Oberhaupt) Symeon PETLJURA abgeschlossen und sich dabei der antibolschewistischen ukrainischen Armee versichert. Am 8. Mai 1920 eroberten die Polen unter RYDZ-SMIGLY⁶ Kiew (siehe Abbildung nächste Seite).

Da erließ das Zentralkomitee der bolschewistischen Partei am 23. Mai 1920 Befehle, die dem Vordringen der Polen und Weißgardisten Einhalt gebieten sollten. Mehr als 20000 Kommunisten wurden an die West- und Südwestfront entsandt. Der polnische Überfall erregte in der Ukraine und in Sowjetrußland eine solche Welle des Patriotismus, daß sogar BRUSSELOW, der letzte Oberbefehlshaber des Zaren NIKOLAUS II., alle zaristischen Offiziere beschwor, sich der Roten Armee ungeachtet aller politischen Gegensätze doch gegen die eingefallenen Polen zur Verfügung zu stellen.

Noch im Mai 1920 begann an der Westfront unter dem sowjetischen Oberbefehlshaber M. N. TUCHATSCHESKI (1893-1937, hingerichtet) die Gegenoffensive, und Anfang Juni traten an der Südwestfront die Truppen unter Oberbefehlshaber A. J. JEGOROW an, dem als Mitglied des Kriegsrates J. W. STALIN beigegeben war. Am 12. Juni 1920 befreiten sie Kiew, am 11. Juni Minsk, am 14. Juli fiel ihnen Vilnius, am 19. Juli Grodno und am 20. Juli Bialystok in die Hände. Sie rückten weiter auf Lemberg und Warschau vor.



Michael
TUCHATSCHESKI
(1892-1937).

⁵ >CuRZON-Linie<, vom britischen Außenminister Lord CURZON (George, 11. 1.1859—20. 3. 1925, ab 1921 Marquess of Kedleston) 1919 nach ethnographischen Gesichtspunkten entworfene Demarkationslinie als Grenze zwischen Polen und Rußland. Sie verläuft im Mittelteil entlang des Bugs, nördlich von Grodno, Wilna nach Dünaburg, im Süden westlich von Rawa und östlich von Przemyśl auf den Ursprung des Sans zu.

⁶ Edward RYDZ-SMIGLY (1886-1941), Marschall von Polen seit 1936, Mitarbeiter PILSUDSKIS, nach dessen Tod dessen Nachfolger als politischer Führer Polens, 1936-1939 Oberbefehlshaber der polnischen Armee.

Polnische Truppen, die größtenteils von der französischen Armee ausgestattet und bewaffnet wurden, marschieren in Kiew ein, wo sie allerdings lediglich fünf Wochen bleiben. Damals träumte **PILSUDSKI** von einer Wiedergeburt jenes Großpolens aus dem 18. Jahrhundert, das sowohl die Ukraine als auch Litauen einschloß.



An dieser Stelle muß eine politische Bemerkung eingefügt werden, wieso Polen einen starken Rückhalt bei den Westmächten hatte, obwohl es ein Nationalitätenstaat war und Grenzkonflikte mit fast allen Nachbarstaaten hatte. In Paris sah man eine Machterweiterung Polens auf Kosten Rußlands nicht ungern, spielte doch Polen in der Nachkriegspolitik der Franzosen die Rolle eines »Wächters über Deutschland im Osten« und eines »Bollwerks gegenüber dem bolschewistischen Rußland«.

Als die Russen dann vor Warschau standen, baten die Polen die Alliierten um Hilfe. Der britische Außenminister **CURZON** übermittelte am 11. Juli 1920 einen Waffenstillstandsvorschlag mit der >CURZON-Linie< als Grenze. Engländer und Franzosen sandten zudem eine Beraterkommission unter dem Kommando des französischen Generals **WEYGAND**, der auch der damalige Hauptmann **DE GAULLE** angehörte. Zusammen mit der polnischen Armee-führung gelang ihnen die Abwehr des sowjetischen Angriffs vor den Toren Warschaus, was am 19. August 1920 zum Sieg über die Russen, dem unerwarteten >Wunder an der Weichseh, führte.

Die Flucht der Sowjets löste die Verfolgung durch die Polen aus, bis es bei beiden durch Erschöpfung zum Halt kam. Dem folgten am 12. Oktober 1920 der Waffenstillstand und am 18. März 1921 der Frieden von Riga. Dieser legte fest, daß die Grenze zwischen Polen und der Sowjet-Union nicht entlang der ethnographisch gerechteren >CURZON-Linie<, sondern 200 bis 300 Kilometer östlich davon verlief, aber immer noch etwa 100 Kilometer westlich des Grenzvorschlags, den die Sowjets im Januar 1920 um des Friedens willen gemacht hatten. Am 15. März 1923 wurde die neue Grenze vom obersten Alliierten Rat< in Paris auf Fürsprache der Franzosen anerkannt, obwohl das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Bevölkerung eindeutig verletzt war. Große Teile mit ukrainischen und weißrussischen Menschen

besiedelter Landschaften, in denen Polen nur eine geringe Minderheit bildeten, kamen unter Warschauer Herrschaft.

Soweit der Vorgang des polnischen Angriffskriegs 1919/21 gegen die Sowjetunion und der gewaltsamen Annexion russischen und ukrainischen Landes durch Warschau. Am 19. Februar 1921 schloß Polen einen Bündnisvertrag mit Frankreich und eine geheime Militärkonvention. Polen hielt auch in der Folge seine Verpflichtungen zum Schutz der Minderheiten nicht ein und sah seine Hauptaufgabe in der Ausrottung der Fremdvölkischen innerhalb seiner neuen Grenzen.

Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Vertrag in Moskau abgeschlossen, dem auf russisches Betreiben ein Geheimvertrag über die 5. Teilung Polens angeschlossen war. Es wurde darin eine Demarkationslinie festgelegt, die ungefähr der >CURZON-Linie< entsprach. Es folgte der Zweite Weltkrieg, der als wirklicher >Weltkrieg< mit den Kriegserklärungen Englands und Frankreichs an Deutschlands am 3. September 1939 begann. 1944 holte sich Rußland sein 1921 verlorenes Gebiet östlich der >CURZON-Linie< wieder, in dem weniger als 20 Prozent der Bevölkerung Polen waren.

In Ostdeutschland wurde 1945/46 in verbrecherischer Weise und in der Auswirkung als Völkermord die Vertreibung der Deutschen durchgeführt, wobei Millionen von Menschen um Hab und Gut und insgesamt über 2 Millionen um ihr Leben gebracht wurden. Bundespräsident VON WEIZSÄCKER nannte das in seiner Rede zum 8. Mai 1985 verharmlosend eine »erzwungene Wanderschaft«. Das 800 Jahre alte Kulturland der Deutschen östlich der Oder und der Görlitzer Neiße (ab Herbst 1945 auch das westlich der Oder gelegene Land um Stettin) wurde von Polen annektiert.

Als Grund für diesen »Transfer« der Millionen Deutschen nach Westen wurde die Ausweisung der Polen aus dem von ihnen im beschriebenen Angriffskrieg 1919/21 eroberten russischen Land ostwärts der >CURZON-Linie< vorgeschoben. Aufgrund dieser »Kompensationsthese«, die schon auf der alliierten Konferenz in Teheran (28. 11.—1. 12. 1943) von den alliierten Staatshäuptern für die »Westverschiebung Polens« diskutiert wurde, sollten Polens »Gebietsverluste« im Osten durch deutsche Gebiete im Westen ausgeglichen werden. Doch einmal verlor Polen im Osten keine polnischen Gebiete, sondern das 1921 durch einen Angriffskrieg gewaltsam und widerrechtlich erworbene Land, und zum anderen begründen natürlich Verluste gegenüber Rußland nicht Ersatz seitens Deutschlands, eines dabei Unbeteiligten. Es ist deshalb auch unfassbar, daß sich sogar Deutsche dieser Geschichtsverfälschung und offensichtlichen Rechtsbeugung schuldig machen.

Zur Lage in der Ukraine 1930/31 seien zwei englische Stimmen angeführt:

»Der polnische Terror in der Ukraine ist heute schlimmer als alles andere in Europa. Aus der Ukraine ist ein Land der Verzweiflung und Zerstörung geworden, was um so aufreizender ist, als die Rechte der Ukrainer völkerrechtlich gewährleistet sind, während der Völkerbund allen Appellen und

Darlegungen gegenüber taub ist und die übrigen Welt nichts davon weiß oder sich nicht darum kümmert.«⁷

⁷ *Manchester Guardian*,
17. 10. 1930.

⁸ *Manchester Guardian*,
24. 12. 1931.

»Die Ukraine ist unter der polnischen Herrschaft zur Hölle geworden. Von Weißrußland kann man dasselbe mit noch größerem Recht sagen. Das Ziel der polnischen Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten, auf dem Papier und in der Wirklichkeit.«⁸

Polnische Postkarte aus dem Jahre 1920, die den Zusammenbruch der deutschen und der russischen Herrschaft über Polen darstellt.

Aus: *Weltreiche*, Bd. 6.,
Weinheim o. J.



Weiterführende Literatur:

Alfred SCHICKEL, *Deutsche und Polen*, Lübbe, Bergisch Gladbach 1984.

Gerhard FREY jun., *Polens verschwiegene Schuld*, FZ, München 1990.

Propyläen-Weltgeschichte, Propyläen, Berlin-Frankfurt 1991.

Alte Kameraden, 1/1991.

John Charles Frederick FÜLLER, *Die Entscheidungsschlachten der westlichen Welt*, Grabert, Tübingen 2004, S. 437-448.

Die Entdeutschung Westpreußens nach 1919

Im Jahre 1225 rief Herzog KONRAD VON MASOWIEN den Deutschen Ritterorden, der vorher in Siebenbürgen kolonisiert hatte und dem einheimischen Fürsten zu mächtig geworden war, zur Hilfe gegen die heidnischen Pruzzen (Volksstamm in West- und Ostpreußen) und überließ ihm das Kulmer Land. 1226 verlieh Kaiser FRIEDRICH II. in der Goldenen Bulle von Rimini dem Orden das Kulmer Land »nebst allen weiteren Eroberungen im heidnischen Land«. Papst GREGOR IX. vermachte 1234 in der Bulle von Rieti das Kulmer Land und eroberte heidnische Gebiete dem Deutschen Orden »zu ewigem freien Besitz«. Der Orden gründete in den folgenden rund 200 Jahren viele Städte und Dörfer und kultivierte das Land mit deutschen Siedlern. Bis 1283 wurde das ganze Gebiet der Pruzzen, die keine Polen waren und nicht zu Polen gehörten, dem Ordensstaat einverleibt. Seit mehr als 700 Jahren wird das Land von Deutschen geprägt.

Die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ergab für die Sprachenstatistik der preußischen Provinz Westpreußen:

	Deutsche	Polen	Kaschube	Zwei- sprachige	Summe
Reg.-Bez.Danzig	532 620	102 080	100 148	7771	742 619
	71,1%	13,7%	13,5	1,1 %	ca. 100%
davon Stadt Danzig	164 343	3443	143	2408	170 337
	96,5%	2%	0,1 %	1,4%	100%
Reg.-Bez.	565 323	373 773	7051	14 708	980 855
Marienwerder	58,8%	38,9%	0,7%	1,6%	100%
Provinz Westpreußen	1 097 943	475 853	107 199	22 479	1 703 474
	64,5%	27,9%	6,3%	1,3%	100%

und für die benachbarte Provinz Posen:

Reg.Bez. Bromberg	379 488	378 831		5625	763 944
	49,70%	49,60%		0,7%	100%
Reg.Bez. Posen	427 232	900 059		8593	1 335 884
	31,9%	67,4 %		0,7%	100%
Provinz Posen	806 720	1 278 890		14 218	2 099 828
	38,4%	60,9%		0,70%	100%

Im Diktat von Versailles vom 28. Juni 1919 mußte Deutschland ohne Volksabstimmung an Polen abtreten (außer anderen Gebieten):

	qkm	Einwohner	davon Deutsche
von Westpreußen	17 778	1 296 000	727 000
von Posen	26 041	1 946 000	670 000
zusammen	43 819	3 242 000	1 397 000

Diese Abtretung wurde erzwungen gegen vielfach geäußerte Proteste und Resolutionen der Betroffenen, unter Mißachtung des von US-Präsident WILSON in seinen 14 Punkten versprochenen Selbstbestimmungsrechtes, ohne Volksabstimmung und obwohl

> sich in den zwölf dann an Polen abzutretenden Wahlkreisen Westpreußens bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 eine deutsche Mehrheit von 51,4 % der Wahlberechtigten ergab (die Polen hatten zur Wahlenthaltung aufgerufen); da die Wahlbeteiligung mit 58% nur um 28% niedriger als bei der Reichstagswahl von 1910 lag, kann daraus auf einen Anteil der polnisch Gesinnten von rund 30 % geschlossen werden);

> bei den später zugelassenen Volksabstimmungen in den vier nordöstlichen westpreußischen Kreisen Rosenberg, Stuhm, Marienwerder und Marienburg am 11. Juli 1920 92,43 % für Deutschland und nur 7,57% für Polen stimmten; dabei ist hervorzuheben, daß in diesem Bereich 1910 bei der Sprachfeststellung 15,94% Polnisch als Muttersprache angegeben hatten;

> bei der späteren Volksabstimmung in Masuren im benachbarten südlichen Ostpreußen am 11. Juli 1920 sogar 97,8 % für Deutschland und nur 2,1 % für Polen stimmten; dabei hatten hier 1910 bei der Sprachbestimmung 30,87% Masurisch und 12,85% Polnisch als Muttersprache angegeben. Ein überwältigender Teil der Nichtdeutschsprechenden hatte hier also in Ausübung des freien Selbstbestimmungsrechtes unter alliierter Aufsicht sich für Deutschland und gegen Polen entschieden. Im östlichsten ostpreußischen Abstimmungskreis Oletzko gab es 1910 in der Sprachenstatistik 1117 Polen, 406 Masuren und 9981 zweisprachige, bei der Volksabstimmung am 11. Juli aber bei 28 627 Stimmen nur 2 (zwei!) Stimmen für Polen. Der Kreis Ortelsburg mit 1910 63,4 % Masurischsprechenden ergab am 11. Juli 1920 nur 1,05 % der Stimmen für Polen, dagegen 98,95 % für Deutschland. Die Masuren entschieden sich also praktisch geschlossen für Deutschland. Aus diesen eindeutigen Ergebnissen kann mit Sicherheit geschlossen werden, daß Volksabstimmungen, wenn sie in den anderen Kreisen Westpreußens (oder

des westlichen Posens) zugelassen worden wären, ebenfalls hohe deutsche Mehrheiten erbracht hätten. Die Abtretung Westpreußens geschah also eindeutig gegen das Selbstbestimmungsrecht und die völkische Zugehörigkeit seiner alteingesessenen Bewohner.

Ab 1919 führte Polen eine systematische Entdeutschung der neugewonnenen Gebiete durch. Eine erste Welle von Zwangsvertriebenen durch Auflösung deutscher Behörden und Garnisonen brachte rund 200 000 Ostflüchtlinge ins Reich. Dann mußten alle, die für Deutschland optiert hatten, sowie die Deutschen, die nach 1908 eingewandert waren oder nicht 12 Jahre ununterbrochen im Land gewohnt hatten, die Ostprovinzen verlassen. Beschlagnahme und Auflösung von Pachtverträgen brachten rund 400000 Hektar aus deutscher in polnische Hand, die Agrarreform von 1926 vertrieb weitere deutsche Bauern. Allein von 1918 bis 1923 verließen mehr als 800000 Deutsche ihre nun polnisch gewordene Heimat. Dadurch sank der Anteil der Deutschen im Korridor von 1910 65,1% auf 19,6%, in den abgetretenen Gebieten der Provinz Posen von 38,7% auf 14,3 %, besonders stark in den Städten: In Thorn ging das Deutschtum um 92,6%, in Graudenz um 89,6%, in Posen um 90,8% zurück.

Unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen eindeutige Abstimmungsergebnisse und unter Bruch der Versprechungen zum Minderheitenschutz raubte so schon nach dem Ersten Weltkrieg Polen weite Gebiete vorwiegend nicht polnisch, sondern deutsch besiedelten Landes. Dieser völkerrechtswidrige Landraub wurde 1945 in noch größerem Maße und mit noch stärkerer Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes fortgesetzt. Westpreußen war nie »urpolnisches Land«, sondern eine deutsche Provinz.

Weiterführende Literatur:

Helmuth FECHNER, *Deutschland und Polen 1772-1945*, Holzner, Würzburg 1964; hieraus stammen die meisten angegebenen Zahlen.

Friedrich VON WILPERT, *Deutsches Land zwischen Oder und Memel*, Gerhard Rautenberg, Leer 1962.

Hermann RAUSCHNING, *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik*, Reimar Hobbing, Berlin 1930; Neudruck, Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur, Struckum 1990.

E. KEYER, *Der Weichselkorridor im Urteil des Auslandes*, Berlin 1931.

G. LA WIN, *Die Volksabstimmung in Westpreußen*, Königsberg 1926.

Franz LÜDTKE und Ernst Otto THIELE, *Der Kampf um deutsches Ostland*, Friedrich Floeder, Düsseldorf o. J.

Bolko Freiherr VON RICHTHOFEN u. Reinhold Robert OHEIM, *Die polnische Legende*, Arndt, Kiel 2001.

Morde durch Linke in der Weimarer Republik

In der politischen Literatur wie in den zeitgenössischen Massenmedien werden stets die politischen Morde von >Rechts< erwähnt, zum Beispiel die Ermordung von Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG, derer jährlich von Zehntausenden in Berlin-Friedrichsfelde gedacht wird,¹ oder die Morde an ERZBERGER und RATHENAU. An die zahlreicheren Morde der politischen »Linken« wird dagegen kaum erinnert. Allenfalls erwähnt man noch den Geiselmord der kommunistischen Räteregierung in München vom 30. April 1919, als zehn Geiseln, darunter eine Frau und zwei gefangene Angehörige der Regierungstruppen, ermordet wurden.²

So werden die zahlreichen Morde der linken Revolutionäre verharmlost, und es wird der Eindruck erweckt, als seien im Gegensatz zur historischen Wirklichkeit von rechten Gruppen der Terror und die Gewalt ausgegangen. Bedingt durch die von den Kommunisten herbeigeführte Bürgerkriegslage, geschahen viele Morde: »Es gab von Anfang an Exzesse, Gefangene wurden erschossen, ein Menschenleben galt nicht viel.«³ Das traf besonders für die linken Spartakisten zu, deren Partei, die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), sich von der SPD abgespalten, unter LIEBKNECHT und LUXEMBURG sich Ende 1918 zur sowjetischen KPD umgeformt hatte und die gewaltsame Einführung der Räteregierung in Deutschland betrieb. Im Gefolge des von ihnen Anfang Januar 1919 angezettelten blutigen Spartakistenaufstandes in Berlin wurden LIEBKNECHT und LUXEMBURG am 15. 1. 1919 gefangen und ermordet.

Um das heute meist einseitig verzerrte Bild zurechtzurücken, seien einige Beispiele für politische Morde von >Links< gebracht.

Im Februar 1919 hatten die Spartakisten eine Nordwestdeutsche Räterepublik in Mülheim/Ruhr ausgerufen. Die sozialdemokratische Reichsregierung setzte dagegen wie kurz vorher in Berlin Soldaten ein, und es kam zu blutigen Kämpfen zwischen Spartakisten und Regierungstruppen. In Bottrop stürmte eine Übermacht von Kommunisten das Rathaus. Die dabei gefangenen Soldaten der Regierungstruppen - meist 18- bis 20jährige Freiwillige - wurden teils gehängt, teils mit dem Gewehrkolben erschlagen.⁴

¹ Noch am 10. 1. 1999 und in den folgenden Jahren zogen - wie immer am zweiten Sonntag im neuen Jahr unter dem SED-Regime - Zehntausende Menschen aller links-extremen Gruppen an beider Gräber auf dem Friedhof Friedrichsfelde in Berlin vorbei (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15. 1. 1999).

² Hannsjoachim W. KOCH, *Der deutsche Bürgerkrieg*, Ullstein, Berlin 1978, S. 117.

³ KOCH, ebenda, S. 81.

⁴ KOCH, ebenda, S. 94; Jacques BENOIST-MÉCHIN, *Das Kaiserreich zerbricht*, Gerhard Stalling, Oldenburg-Hamburg 1965, S. 189.

Auch in Mitteldeutschland versuchten die Spartakisten die Macht an sich zu reißen. Eine ihrer Hochburgen war die Industriestadt Halle/Saale. Regierungstruppen unter General MAERCKER zogen in die Stadt ein, um den Aufstand zu beenden. Dabei wurde von Kommunisten ein Stoßtrupp überfallen. Die beiden Offiziere wurden ermordet, und ihre scheußlich zugerichteten Leichen wurden in die Saale geworfen. Oberstleutnant VON KLÜBER, der in Zivil die Lage in der Stadt erkunden wollte, wurde erkannt, mißhandelt und vor den >Soldatenrat< geschleppt, der ihn ins Gefängnis bringen lassen wollte. Der Gefangene wurde aber den Wächtern entrissen, erneut mißhandelt, wobei er Kiefer- und Rippenbrüche davontrug, und schließlich in die Saale geworfen. Als er versuchte, sich schwimmend zu retten und ans Ufer zu gelangen, wurde er immer wieder ins Wasser zurückgestoßen und schließlich von einem Angehörigen der >Roten Garde< erschossen.⁵

In Stuttgart wurden zwei Angehörige der regierungstreuen >Studentenkompanie< in das Lazarett am Weißenhof eingeliefert. Sie waren in die Hände von Kommunisten gefallen, die ihnen die Augen ausgestochen und das Rückgrat gebrochen hatten.⁶

Solche Ausschreitungen veranlaßten den damaligen sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav NOSKE schließlich, folgenden Befehl zu erlassen: »Die zunehmende Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingt mich, folgenden Befehl zu erlassen: Jede Person, die mit der Waffe in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfend, getroffen wird, ist sofort zu erschießen!« Selbst das Zentralorgan der SPD, der *Vorwärts*, erklärte, daß dieser Erlaß NOSKES die einzig mögliche Antwort auf die Greuel gewesen sei.⁷ Heute wollen große Teile der SPD das nicht mehr wahrhaben, manche nennen NOSKE noch wie die damaligen Ultralinken den >Bluthund<, und es ist bisher noch keine Bundeswehr-Kaserne nach NOSKE benannt worden, der durch sein scharfes Durchgreifen mit den Freikorps 1919 die Demokratie in Deutschland vor den Kommunisten und deren bolschewistischer Räterepublik gerettet hat.

Dennoch kam es 1919 zu weiteren Ausschreitungen mit brutalen Morden. Am 12. April 1919 drangen Spartakisten in das sächsische Kriegsministerium ein, ergriffen den sozialdemokratischen Kriegsminister NEURING, schleppten ihn unter schweren Mißhandlungen an die Elbe und warfen schließlich den stark blutenden Minister von der Augustusbrücke in den Fluß. Als der Mißhandelte sich schwimmend zu retten versuchte und an das Ufer kam, wurde er erschossen.⁸

Das Ertränken politischer Gegner machte Schule: Im Juni 1920 stürmten Kommunisten das Hamburger Rathaus, der Kommerzienrat HEIL wurde in die Alster geworfen. Als er sich dann an Land retten konnte, wurde er dort zu Tode geprügelt.⁹

Zu weiteren linken Morden kam es während des KAPP-Putsches 1920. In Berlin wurden Angehörige einer Zeitfreiwilligenkompanie, die mit dem

⁵ BENOIST-MECHIN, ebenda, S. 192 f.

⁶ Bericht der Krankenschwester Anna LEMP an den Verfasser.

⁷ BENOIST-MECHIN, aaO. (Anm. 4), S. 204.

⁸ BENOIST-MECHIN, ebenda, S. 295.

⁹ George SOLDAN, *Zeitgeschichte in Wort und Bild*, Bd. 1, Nationalarchiv München, München 1931, S. 382.

Bewaffnete der >Roten Rheinarmee< im April 1920 in Lohberg. Nach Einschätzung des preußischen Innenministers soll der Aufstand der >Roten Rheinarmee< 1000 Todesopfer gekostet haben.



Putsch nichts zu tun hatte und lediglich Polizeidienst versah, im Rathaus Schöneberg eingeschlossen. Sie kapitulierten, als ihnen die belagernden Sozialisten freien Abzug zugesichert hatten. Nachdem die Soldaten die Waffen abgegeben hatten, fiel die versammelte Menge über sie her und lynchte die Offiziere.¹⁰ Der ähnliche Mord an dem Freikorpsführer Hauptmann BERTHOLD und an einigen seiner Offiziere wird in einem anderen Beitrag behandelt.¹¹ Seine gefangenen Männer sahen ihren Schwerkriegsbeschädigten Führer nachher in der Gosse liegen, nackt, blutüberströmt, mit durchschnittener Kehle, ein Arm vom Körper abgetrennt.¹²

Auch in dem als Folge des KAPP-Putsches¹³ zu betrachtenden Kampf der Reichsregierung gegen die kommunistische >Rote Ruhrarmee< begingen die linken Revolutionäre viele Morde. Nachdem die >Rote Armee< Essen eingenommen hatte, ging eine Welle des Terrors über die Stadt hinweg. Es wurden Menschen hingerichtet, die beschuldigt wurden, >die Weißen (die Regierungstruppen) unterstützt zu haben, darunter Ärzte, die verwundete Soldaten versorgt hatten. Sämtliche Gefängnisse der Stadt wurden geöffnet und die Häftlinge in die >Rote Armee< eingegliedert. Der Essener Wasserturm an der Steeler Straße wurde von Polizei und Einwohnerwehr unter Führung des (jüdischen) Polizeihauptmanns WEISSENSTEIN bis zum äußersten gegen die Roten verteidigt. Als die Verteidiger ihre letzte Munition verschossen hatten, mußten sie kapitulieren, nachdem ihnen freies Geleit zugesagt worden war. Als sie ihre Stellung verließen, wurden WEISSENSTEIN, seine Männer und die Verwundeten, mit Gewehrkolben, Äxten und Knütteln erschlagen, ihre Leichen wurden durch die Stadt geschleift.¹⁴

Als Beispiel für den heute kaum glaublichen Haß und die eingerissene Brutalität der damaligen linken Revolutionäre sei ein Dokument aus einer

¹⁰ KOCH, aaO. (Anm. 2), S. 195.

¹¹ Siehe Beitrag Nr. 63: »Gewerkschaften und Kapp-Putsch«.

¹² KOCH, aaO. (Anm. 2), S. 196.

¹³ Siehe Beitrag Nr. 64: »Der Kapp-Putsch von März 1920«.

¹⁴ KOCH, aaO. (Anm. 2), S. 208.

Gerichtsverhandlung angeführt: »Ich trat am. . . freiwillig in die Rote Armee ein.. . In einem Keller... entdeckte ich. .. den dort eingesperrten Leutnant WEBER der Reichswehr.¹⁵ Er hatte einen Karabiner bei sich, ergab sich aber sofort. Ich schleppte ihn nach oben, wo vier Mann mit dem Gewehrkolben auf ihn einschlugen. Darauf ordnete ein Zugführer die Erschießung des Leutnants an. Zu diesem Zweck schwärmten 20 Mann aus und schossen auf den Leutnant. Ich schoß auch. Bei meinem ersten Schuß brach der Leutnant zusammen. Auf den am Boden Liegenden gab ich noch zwei weitere Schüsse ab. Wir stellten dann fest, daß er noch lebte, und es wurde beschlossen, ihn liegen zu lassen, damit er noch möglichst lange leiden und Schmerzen haben sollte. Der Leutnant hatte u. a. einen schweren Bauchschuß. Am Nachmittag kam dann ein Düsseldorfer Kompanieführer und schnitt dem Leutnant mit einem Messer die Kehle durch.«¹⁶

¹⁵ Die Reichswehr war regierungstreu und wurde gegen die Aufständischen eingesetzt.

¹⁶ KOCH, aaO. (Anm. 2), S. 208 f.

Auf dem Hintergrund dieser Morde und Ausschreitungen der radikalen Linken, die zudem die Sowjetdiktatur einführen wollten, muß man die Morde und Ausschreitungen der >Rechten< sehen. Ein tiefer Haß, nicht nur die Gegner-

schaft der verschiedenen politischen Richtungen, hatte das ganze Volk ergriffen, nicht nur die bewaffneten Verbände der unterschiedlichen Gruppen und Parteien. Selbst Frauen und Kinder wurden davon betroffen, wofür noch zwei Beispiele aus einer Familie angeführt seien:

In Esslingen am Neckar streikten die Arbeiter einer Maschinenfabrik. Da eine Fabrikbesetzung befürchtet wurde, war die Fabrik von der Schutzpolizei besetzt worden. Die Frau des diese Wache befehlenden Polizeioffiziers wollte mit ihrer Schwester ihren Mann besuchen. Als Streikposten der Arbeiter sie erkannten, stürzte sich eine wilde Meute auf die beiden Frauen mit dem Ruf: »Haut die Noskeweiber!« Die beiden Frauen rannten um ihr Leben. Zum Glück war der Vorgang von der Maschinenfabrik aus beobachtet worden, und der Polizeioffizier kam mit dem Motorrad herbei mit Handgranaten am Koppel und einer schußbereiten Maschinenpistole, so daß die Frauen sich in Sicherheit begeben konnten. Als Monate später dieselbe Polizistenfrau mit ihrem kleinen Sohn im Kinderwagen spazieren ging und vor einem Wohnhaus eine Katze sitzen sah, die der kleine Junge dann streicheln wollte, öffnete sich ein Fenster und eine Frau keifte: »Nimmst Dein dreckete Bankert von meiner Katz weg, du Noskeschnalle, euch sollt mer alle versäufel!«¹⁷

¹⁷ Private Mitteilung von Frau EBERBACH, geb. Lempp.

Und solches geschah im verhältnismäßig >ruhigen< Württemberg! Um so erstaunlicher ist es, daß Mitte der dreißiger Jahre sich dieser Haß sehr schnell legte, daß die Menschen eine Volksgemeinschaft erlebten, die selbst jahrelange Not und Schrecken des Krieges aushielt und auch anschließend keinen Klassenkampf zuließ, sondern das Wirtschaftswunder bewirkte.⁵

⁵ EINE EINDRUCKSVOLLE SCHILDERUNG DER CHAOTISCHEN LAGE IN DEUTSCHLAND 1918/19 MIT EINZELHEITEN ZUM BÜRGERKRIEG GIBT AUCH LEON Degrelle IN *HITLER — GEBOREN IN VERSAILLES*, GRABERT, TÜBINGEN 1992, S. 51-95.